

Debatte

Weltbank: Das geringere Übel?

Bei der Weltbank liegen Schein und Sein weit auseinander. Die Armutsbekämpfung funktioniert bekanntlich in Ländern besser, in denen der selbst ernannte ‚Kreuzritter gegen die Armut‘ keine wichtige Rolle für den Entwicklungsprozess gespielt hat, beispielsweise in China und Indien. In Sub-Sahara Afrika hingegen, wo die Weltbank seit mehr als 25 Jahren die ökonomischen Rahmenbedingungen mitbestimmt, nimmt die Zahl der Hungernden und Armen sowie die Umweltzerstörung kontinuierlich zu – ein Ergebnis der einseitigen Liberalisierungs- und Marktagenda im Dienste großer Konzerne. ‚Partizipation‘ und Umweltschutz bleiben bis dato ebenso Worthülsen wie Rechenschaftspflicht ein Fremdwort. Die ‚großen Reformen‘ bei der Weltbank sind kläglich gescheitert.

Noch immer üben die Reichen und Mächtigen in der Institution die Kontrolle aus, die für sich reklamiert, für die Ärmsten der Armen da zu sein. Einzelne Staaten – allen voran die USA – blockieren konsequent armuts- und klimapolitische Fortschritte. Die Nominierung des hoch umstrittenen US-Hardliners Paul Wolfowitz als Weltbankpräsidenten – der auf dem Chefsessel der Bank dank geschickter PR zu einer ‚Mutter Theresa der weltweit Armen‘ mutierte – zeigt indes, dass Wirtschaftsinteressen und Geopolitik immer stärkeres Gewicht erhalten.

Die Chancen für eine stärkere soziale und ökologische Umorientierung der Bank stehen also schlecht. Angesichts der wachsenden Bedeutung ‚neuer Geber‘ wie China und anderen fürchtet die Weltbank um ihren Einfluss. Anstelle China und andere Schwellenländer gleichberechtigt in die globale Regelsetzung einzubinden, werden bei der Bank Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und verfehlte Entwicklung billigend in Kauf genommen, um ‚im Geschäft‘ zu bleiben. Die G7-Hegemonie wird gegen China und andere aufstrebende Mächte verteidigt, wodurch ein fatales *race to the bottom* forciert wird.

Der Verweis auf die Notwendigkeit der Stärkung multilateraler Strukturen, die aber unter den gegebenen globalen Kräfteverhältnissen Fortschritte im Sinne der Armutsbekämpfung und des Umweltschutzes verhindern anstelle zu fördern, ist deshalb wenig vorwärts weisend. Vielversprechender ist es demgegenüber, auf progressive Initiativen von gleichgesinnten Staaten zu setzen, die jenseits festgefahrener internationaler Strukturen soziale und ökologische Ziele vorantreiben.

Daniela Setton ist Mitarbeiterin von WEED.

Multilateralismus stärken

Eine leistungsfähige und differenzierte Kritik der Weltbank, ihrer Politik, Konditionalitäten der Kreditvergabe und deren praktischer Implementierung muss sich heute mit einer Reihe neuer Bedingungen befassen, um realitätstauglich zu bleiben: Eine Aushöhlung des Multilateralismus ist nicht nur Politik einer US-Regierung, die in zwei Jahren, wie alle hoffen, zumindest in ihrer skrupellosesten Form beendet sein wird. Rückschritte beim Multilateralismus werden auch die zu beobachtenden Tendenzen aggressiver industrieller Akquisitionspolitik der ‚Emerging Powers‘ befördern. Dies ist eine neue Entwicklung. Die offensive Kritik und Weiterentwicklung von Politik und Safeguard-Standards multilateraler Institutionen wie der Weltbank muss heute gleichzeitig die Verteidigung des Multilateralismus beinhalten. Jede Rückzugstendenz seitens der Zivilgesellschaft wäre für die Zukunft von Umwelt-, sozialen, Transparenz-, Entwicklungs- und Menschenrechtsstandards fatal. Folgen hätte sie vor allem für diejenigen ressourcenreichen Entwicklungsländer, in denen in den vergangenen vier Jahren erste Ansätze entwickelt wurden, um die Ausplünderung durch korrupte Eliten zu beenden.

Eine offensive zivilgesellschaftliche Strategie mit dem Ziel einer pro-poor ausgerichteten und klimagerechten Weltbankpolitik wird, trotz schweren Wassers, vor allem in zwei Richtungen agieren müssen: 1. Sie muss den internationalen Druck erhöhen, um die neuen Marktakteure – allen voran China, Russland und Indien – zu bewegen, Entwicklungs-, Umwelt-, soziale und Menschenrechte ernst zu nehmen. Gelingt dies nicht, ist ein weiterer Abbau bzw. die praktische Nichtanwendung von Standards absehbar. 2. Statt einen Austritt Deutschlands aus der Weltbank zu fordern, wie mancherorts diskutiert wird, sollte sie darauf hinwirken, dass die Bundesregierung ihre Kapazitäten für die Arbeit in der Weltbank erheblich ausbaut: die Weltbankabteilung aufstocken, den Sachverstand erweitern und damit die Voraussetzungen schaffen, um gezielt und effektiver Politikentscheidungen der Weltbank vorzubereiten und sie im Sinne der Weiterentwicklung der Safeguard-Standards zu beeinflussen.

Kristina Steenbock ist Stellvertretende Vorsitzende von Germanwatch.